

**Schweizerisches Aktionskomitee gegen  
staatliche Wohnungsbewirtschaftung  
Comité suisse contre l'étatisation du logement**

Postfach/Case postale 2721  
3001 Bern  
☎ 031 25 77 85  
Postcheck/compte de chèques postaux  
30 - 10500

Bern, 19. Juli 1977

An die Presse

Sehr geehrte Damen und Herren

Hätte die Annahme der am 25. September zur Abstimmung gelangenden Mieterschutzinitiative eine Verbilligung des Wohnens zur Folge? Oder würde die Initiative mehr Gerechtigkeit in die Wohnungswirtschaft bringen? Könnte der Wohnungsbau in gleichem Mass funktionieren wie bisher, wenn die mit der Initiative anvisierten Ziele verwirklicht würden? Mit diesen Fragen, die übrigens alle zu verneinen sind, sowie mit weiteren Problemen befassen sich die Texte des vorliegenden dritten Pressedienstes unseres Aktionskomitees. Die Bevölkerung sollte unbedingt darüber aufgeklärt werden, dass eine Annahme der Verhängnisvollen Mieterschutzinitiative nichts anderes als eine für alle Kreise negative Verstaatlichung des Wohnungsmarktes bringen würde. Wir sind Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie den einen oder anderen Artikel unseres Pressedienstes abdrucken können.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN  
STAATLICHE WOHNUNGSBEWIRTSCHAFTUNG  
Für den Presseausschuss:

  
E. Tschanz